

Abschrift

An das
Schwurgericht
Hamburg

In der Strafsache gegen den Küper Otto Karl Steppat

- (50) 6/48 -
- 14 Kls 2/48 -

beantrage ich,

das Urteil des Schwurgerichts vom 27. April 1948
aufzuheben und den Angeklagten freizusprechen.

Laubring

a) Nach dem vom Schwurgericht festgestellten Tatbestand dürfte es sich im vorliegenden Falle nicht um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern um die Rauditit eines Angetrunkenen handeln.

Das Gesetz führt als Beispiel für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Zwangsverschleppung, Freiheitsberaubung, Folterung oder andere unmenschlichen Handlungen an. Mit den anderen unmenschlichen Handlungen von ähnlicher Schwere und Verwerflichkeit wie die aufgestellten im Auge.

6 Aus den festgestellten Tatsachen kann nicht der Schluss gezogen werden, dass der Angeklagte eine Freiheitsberaubung im Sinne des § 239 StGB begangen hat. Es ist nicht festgestellt, dass er wusste, dass andere Personen den Zeugen Töllner von ihm abhalten wollten. Noch viel weniger ist festgestellt, dass er dieses wollte. Aber selbst wenn er es gewusst oder gewollt hätte, so dürfte der Tatbestand des § 239 StGB nicht erfüllt sein. Es dürfte keine Freiheitsberaubung sein, wenn ein Mensch für Minuten oder Bruchteile von Minuten in seiner beabsichtigten Marschrichtung gehindert wird. Es kommt oft vor, dass die Schlägereien, die von einer oder von beiden Seiten von mehreren begangen werden, ein Täter bewusst oder unbewusst von seinem Mittäter einen anderen abhält. In solchen Fällen dürfte nicht der Tatbestand der Freiheitsberaubung, sondern der Tatbestand der gemeinschaftlichen Körperverletzung verwirklicht sein. Unabhängig davon dürfte aber Freiheitsberaubung im Sinne des Kontrollgesetzes niemals bei einem Tatbestand, wie dem hier vorliegenden, gegeben sein, wenn man den Zusammenhang, in dem die Freiheitsberaubung im Kontrollratsgesetz aufgeführt ist, betrachtet. Sie ist aufgeführt zwischen Zwangsverschleppung und Folterung.

Bei dem festgestellten Tatbestand handelt es sich auch nicht um eine Verfolgung aus politischen Gründen, sondern, wie bereits gesagt, um eine angetrunkene Randaliererei. Der Angeklagte hatte in der SA den untersten Dienstgrad, nämlich SA-Mann. Die Geschädigten, nämlich die Familie Töllner, waren jeher unpolitisch gewesen und hatten keiner Partei angehört. Dieses war dem Angeklagten bekannt, da er Töllner von Jugend auf kannte. Die Familie Töllner hatte sich auch dem Angeklagten gegenüber nicht als Gegner des Nazisystems gezeigt. So ist nicht ersichtlich, warum die Tat aus politischen Gründen begangen sein sollte. Wenn es sich nicht um persönliche, sondern politische Gründe bei dem Vorfall gehandelt hätte, so hätte der Strumführer sicherlich die Tat seines Untergebenen gebilligt. Er hat dieses nicht getan, sondern nach den Feststellungen des

Urteils sich für die Trunkenheitstat seiner Leute entschuldigt. Das Kontrollratsgesetz Nr.10 will nach seinem ganzen Sinne strafbare Handlungen abtun, die während der Zeit der Nazi Herrschaft nicht verfolgt werden konnten. Dieses dürfte daraus hervorgehen, dass ein Angeklagter sich nicht auf Verjährung berufen kann, soweit die Zeitspanne vom 30.I.1930 bis zum 1. Juli 1945 infrage kommt. Bei Vorliegen des festgestellten Tatbestandes hätte Töllner aber ohnehin weiteres bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Hamburg-Part II Anzeige erstatten können. Die Staatsanwaltschaft hätte sicherlich angeklagt und das zuständige Gericht hätte mit Bestimmtheit das Verfahren eröffnet und ein Urteil gefällt. Der Angeklagte war nämlich in keiner Weise ein prominenter Nazi, an dem die frühere NSDAP irgendwelches besondere Interesse hatte und sich vor ihm zu stellen Grund gehabt hätte. Schon der eigene Strumpfänger billigte die Tat nicht, sondern entschuldigte sich bei dem Verletzten. Die hiesige SA oder Parteiführung hätte den Angeklagten nicht nur geschützt, sondern hätte aus Popolaritätsgründen auf eine besondere harte Strafe gedrungen. Auf der einen Seite war der Angeklagte für die Partei nicht schützenswert, auf der anderen Seite Töllner kein erkennbarer Nazigegner. Gerade im Sommer 1933 legte die frühere NSDAP, nachdem sie gerade an die Macht gekommen war, grossen Wert darauf, nach aussen hin korrekt und legal zu erscheinen. auch gegenüber den früheren Angehörigen der Arbeiterpartei und den früheren Anhänger an sich herabzuziehen.

Die Verteidigung hat diesen Gesichtspunkt bereits vor dem Schwurgericht herausgestellt. In der mündlichen Urteilsbegründung war nur angedeutet, dass sich ein Richter oder Staatsanwalt zur Anklage zur Anklage bzw. Verurteilung nicht gefunden hätte, ohne dieses irgendwie zu begründen oder zu belegen. Im schriftlichen Urteil ist zu diesem Punkt überhaupt nicht Stellung genommen.

In einem Punkt dürften auch die Beweise nicht richtig gewürdigt sein. Alle Zeugen, auch der Zeuge Töllner, der den Vorfall anscheinend am besten im Gedächtnis hat, haben mit Bestimmtheit bekundet, dass der Angeklagte kein Gewehr bei sich hatte. Nur die Zeugin Zastro meinte, ein solches bei dem Angeklagten gesehen zu haben. Aufgrund dieser Zeugenaussagen dürfte die Feststellung, dass der Angeklagte ein Gewehr bei sich hatte, nicht zutreffend sein.

gez.: Steckelmann

Rechtsanwalt

Beglaubigt

Rechtsanwalt